

Vortrag von **Dr. Jens Schöne** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 27.9.2005 :

„Rüben, Rindvieh und Genossen – Agrarpolitik in der SBZ/DDR (1945 – 1963)“

Im Berliner Nikolaiviertel wollte sich die DDR von ihrer romantischen, gemütlichen Seite zeigen. Ebenso wirkt ironischerweise auch die „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus“, gleich gegenüber der Nikolaikirche, wenngleich sie zur Auseinandersetzung mit den – gelinde gesagt - äußerst ungemütlichen Seiten der kommunistischen Herrschaft einlädt. So geht es im Vortrag „Rüben, Rindvieh und Genossen“ des Berliner Historikers Dr. Jens Schöne letzten Dienstag, um die Agrarpolitik in der DDR. Im Fokus stehen die sogenannte „Bodenreform“, die vor ziemlich genau 60 Jahren mit großem Propagandaaufwand unter dem Motto „Junkerland in Bauernhand“, mit der Enteignung der Großgrundbesitzer begann, und die anschließende Zwangskollektivierung bis 1963.

Am 2. September 1945, und damit noch vor der Ernte, verkündete Wilhelm Pieck im brandenburgischen Dörfchen Kyritz die entschädigungslose Enteignung aller landwirtschaftlichen Besitztümer über 100 ha Fläche. Die Entscheidung war freilich schon einige Monate vorher, hinter den Kulissen in Moskau gefallen, vorangetrieben von den Sowjets, die in ihrer Besatzungszone kommunistische Verhältnisse schaffen wollten. Ökonomisch unsinnig wurden diese Ländereien in Parzellen zu je 5 ha aufgeteilt und an ca. 200 000 „Neubauern“, bestehend aus früheren Landarbeitern, Vertriebenen und Industriearbeitern, verteilt. Die enteigneten „Klassenfeinde“ wurden von der Roten Armee aus ihren Heimatlandkreisen deportiert und zunächst in Lager auf Rügen und in Sachsen umgesiedelt. Gutshäuser wurden abgerissen, obwohl sie zu dem Zeitpunkt als Notunterkünfte und Krankenhäuser dienten. Jegliche Erinnerung an frühere Verhältnisse sollten ausgelöscht werden. Zwei bis drei Jahre später folgten Betriebe mit mehr als 20 ha.

Gleichzeitig mußte man jedoch bereits dieses Programm als gescheitert erklären, da 40% der Neubauern keinerlei landwirtschaftliche Kenntnisse besaßen und die Größe der Hofstätten unrentabel war. Am 1. Juli 1948 wird das offizielle Ende der Bodenreform verkündet, bis 1952 haben bereits ein Drittel der Neubauern ihr Land verlassen. Da unter diesen Umständen eine Steigerung der Produktion unmöglich war, entschloß sich Stalin wiederum zu einer politischen Lösung – der Kollektivierung der Landwirtschaft, also der genauen Umkehrung der soeben erst künstlich geschaffenen Verhältnisse.

Laut der marxistischen und leninistischen Schriften war eine derartige Landwirtschaft überlegen und würde Wohlstand bringen. Wiederum fiel der Entschluß in Moskau, aber diesmal mit deutlichem Nachdruck der SED-Führung. „Freiwillig und spontan“ sollten sich Kleinbauern zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zusammenschließen. Davon konnte natürlich keine Rede sein, und so wurden wieder die Mittel der politischen Inszenierung und der offenen Brutalität, wie Inhaftierungen und Schauprozesse, eingesetzt. Allein sowjetische Panzer verhinderten im Juni 1953 einen Totalzusammenbruch des Systems.

Dr. Schöne zufolge muß daher das allgemeine Geschichtsbild zum Volksaufstand des 17. Juni revidiert werden, der sich nicht, wie oft dargestellt, auf die Städte Berlin,

Leipzig, Görlitz und Jena konzentrierte, sondern viel früher in den Dörfern begann. Fahnen wurden verbrannt, Bürgermeister verprügelt, verhaßte Funktionäre in Jauchegruben geworfen. Selbst in Berlin waren am 17. Juni demonstrierende Bauern anzutreffen. Auch nach der Niederschlagung des Aufstandes ging der zivile Ungehorsam weiter.

1960 begann mit dem „Sozialistischen Frühling“ eine zweite Kollektivierungswelle. Unter dem Motto „De Appel is riep“ fuhren Lautsprecherwagen durch die Dörfer, es kam zu willkürlichen Verhaftungen.

Diese Maßnahmen zeigten Erfolg: Am 25. April desselben Jahres konnte der „Abschluß der Kollektivierung“ verkündet werden, obwohl 20 000 Privatbetriebe bestehen blieben. LPGs vom Typ I – gemeinsame Bewirtschaftung der Felder, aber individuelle Viehhaltung – boten den Bauern noch mehr Autonomie als der von der Partei favorisierte Typ III, in dem alle Güter geteilt wurden.

Zu einer Steigerung der Produktion kam es jedoch nicht, im Gegenteil, es herrschte Lebensmittelknappheit. Da half auch ein verstärkter Einsatz von Mitarbeitern der Staatssicherheit auf dem Lande nichts. Bis zum Mauerbau im August 1961 – nach Dr. Schöne die Folge der verfehlten Agrarpolitik - verließen viele Bauern die DDR. Nach dieser künstlichen Abriegelung des Landes, und nachdem Fachleute, statt der theoriefixierten SED-Führung, mit der Umsetzung betraut wurden, erlebte die DDR-Landwirtschaft schließlich einen Aufschwung.

Nach dem Ende des Vortrages ist, nach einer kulinarischen Stärkung, Raum für Fragen und eine angeregte Diskussion. Die Kardinalfrage, ob die Bodenreform von Anfang an als erster Schritt in Richtung Kollektivierung gedacht war, kann auch Dr. Schöne nicht beantworten. Sie sei sogar zu komplex, um überhaupt jemals beantwortet zu werden, da einerseits die theoretischen Schriften von Marx, Engels und Lenin genau diese Stufen vorsehen, andererseits kurz nach Kriegsende solche radikalen Planungen unrealistisch gewesen wären.

Stefanie Wegner